

DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G

Dr. Ilja Seifert

EinBlick.

*Zwischenbilanz zur ersten Hälfte
der 16. Wahlperiode im Bundestag*



Inhaltsverzeichnis

Editorial	3	Wenn einer eine Reise macht	12	DIE LINKE.	
<i>Halbzeit im Bundestag</i>		<i>Kein barrierefreies Reisen in der Lausitz</i>		Der Weg einer neuen Partei	22
Zur Person Ilja Seifert	4	Behindertenpolitik		<i>Gregor Gysi über die DIE LINKE und Ilja Seifert</i>	
<i>Persönliche Notizen eines Mitstreiters</i>		Wir müssen draußen bleiben	14	Ilja Seifert konkret	
Wahlkreispolitik		<i>Lernen mit Behinderung</i>		Es gilt das gesprochene Wort	24
Vom Friedensfest zum Bundestag	6	Was will das Nachteils- ausgleichsgesetz?	15	<i>Zitate aus dem Bundestag</i>	
<i>Politisch unterwegs zwischen Berlin und der Lausitz</i>		<i>Teilhabe ermöglichen!</i>		Auf ein Wort	26
Was einmal geht, geht auch zweimal	7	UN-Konvention	16	<i>Drei Fragen an Ilja Seifert</i>	
<i>Neues Bürgerbüro in Zittau eröffnet</i>		<i>Für die Rechte von Menschen mit Behinderungen</i>		Darf ich vorstellen?	27
Nazis raus aus der Oberlausitz	8	Vom Recht auf assistierte Teilhabe	17	<i>Das Team Seifert</i>	
<i>Der Kampf gegen Rechtsextreme ist dringend notwendig</i>		<i>Die Pflege braucht neue Konzepte</i>			
Zu viel Kohle, zu wenig Geld	9	Tourismuspolitik			
<i>Die sorbische Kultur ist gleich mehrfach bedroht</i>		Reisen für Alle	18	Impressum	
Hand in Hand	10	<i>Tourismus als soziale Aufgabe</i>		<i>Konzept und Redaktion: Markus Gilles © Ilja Seifert, alle Rechte vorbehalten.</i>	
<i>Regionale Zusammenarbeit in der Oberlausitz</i>		Enthinderung ist das Ziel	20	Bildnachweis	
Mindestlohn jetzt!	11	<i>Tourismus ohne Barrieren</i>		<i>Titelfoto: Laurence Chaperon Rückseite: Deutscher Bundestag Seite 5: Deutscher Bundestag Seite 13: Dieter Hauschild Seite 19: Franz Pfluegl, fotolia.com Seite 25: Deutscher Bundestag Die restlichen Bildnachweise befinden sich in der Bildunterschrift.</i>	
<i>Für eine linke Arbeitsmarktpolitik in der Lausitz</i>		Die Welt erhalten	21		
		<i>Wie kann ökologischer Tourismus aussehen?</i>			

Editorial – Halbzeit im Bundestag

In der Mitte der Wahlperiode erscheint es mir angebracht, einmal inne zu halten. Ein Blick auf zwei Jahre Bundestagsarbeit. Einblicke für Sie/Euch, liebe Leserin, lieber Leser, um zu erzählen, zu informieren, Transparenz zu pflegen. Ein Blick zurück auch für mich, um die zweite Hälfte meiner Amtszeit von der – gemeinsam mit meinem Team – erreichten Basis aus weiterzugehen.

Es war nicht leicht, aus der großen Anzahl wichtiger Anliegen jene auszuwählen, welche schließlich Eingang in diesen kleinen Zwischenbericht fanden. Doch ich denke, dass uns nun eine gute, informative und hier und da auch spannende Zusammenstellung gelungen ist. Eine Sammlung von Themen und Berichten aus verschiedenen Bereichen meiner Arbeit: grob gegliedert nach den Überschriften Wahlkreispolitik, Behindertenpolitik, Tourismuspolitik. Obgleich sich Trennlinien nicht leicht ziehen lassen, da bspw. Wahlkreisarbeit häufig mit regionalem Tourismus verknüpft, Tourismus wiederum mit der Frage nach Barrierefreiheit für Menschen mit Behinderung verkoppelt ist usw.

Daher möchte ich Ihnen/Euch zum Geleit beim Lesen mitgeben: stöbern Sie, blättern Sie, lesen Sie von vorn nach hinten oder von hinten nach vorn. Jeder Artikel

steht für sich, als ein Teilaspekt, ein Zwischenergebnis meiner Arbeit als Abgeordneter, aber vor allem auch der Zusammenarbeit mit meinem Team. Denn was wäre ich ohne meine engsten Mitstreiterinnen und Mitstreiter? Jede/r von Ihnen hat bei der Erstellung dieses *Einblickes* mitgewirkt, der dadurch auch *ein Blick* auf zwei Jahre gute Teamarbeit wurde, welche sich erst durch das Zusammenspiel aller Beiträge als Ganzes erschließt.

Keine der von mir ins Parlament eingebrachten Anfragen und Anträge sind am Schreibtisch erdacht worden. Sie sind Ergebnis von Gesprächen, Briefen und Diskussionen mit Betroffenen, mit Bürgerinnen und Bürgern, Vereinen und Initiativen. Nur durch die enge Zusammenarbeit mit vielen Menschen an der Basis konnten zahlreiche Probleme sachkundig und konkret im Bundestag zur Sprache gebracht werden. Dafür danke ich.

Ich habe dieses kleine Heft *EinBlick* genannt, denn es soll Ihnen/Euch genau dieses bieten: *Einblick* in die Arbeit als Abgeordneter im Wahlkreis wie im Bundestag, aber auch als Behindertenbewegter und Tourismusbeauftragter der Linksfraktion. Gleichzeitig soll dieses Heft ein *Rückblick* sein: auf Projekte seit dem Einzug der LINKEN in den Bundestag. Sowie ein *Ausblick*: auf die Ziele, die für die zweite Hälfte der Legislatur noch vor uns liegen.

Mit dem Wunsch, Ihren, unseren, meinen *Blick* ein wenig erweitern zu können, und der Hoffnung auf engagierte Kritik erwarte ich Ihre/Eure Meinungsäußerung.

Euer/Ihr



Zur Person Ilja Seifert – Persönliche Notizen eines Mitstreiters

Ilja ist unter anderem Germanist. Auch Literat, Lyriker. Auch Politiker. Auch behindert. Vor allem aber Mensch. Und wie alle Menschen hat er Stärken und Schwächen. Er vereint in sich Eigenschaften, die seinem Wirken und seiner Wirkung Authentizität verleihen.

Der politische Mensch Ilja Seifert verschleiert nicht seine politische Herkunft. Die Gradlinigkeit, mit der er seine Parteilichkeit vertritt, besticht durch die ihm eigene Ehrlichkeit.

Es fällt nicht leicht, über den Freund zu schreiben, mit dem ich seit nun 20 Jahren verbunden bin. Es steckt vielleicht auch eine gewisse „Boshaftigkeit“ jener dahinter, die mir die Aufgabe übertragen haben, meinen derzeitigen „Arbeitgeber“ zu beschreiben.

Das eingangs Gesagte ist meine Überzeugung.

Soll ich nun aber schildern, dass Iljas Hartnäckigkeit, Probleme zu behandeln, meine Geduld immer wieder auf eine Zerreißprobe stellt? Steht seine Art, die zu behandelnden Probleme immer wieder um und um und umzuwenden nicht im Widerspruch zu seiner Fähigkeit, am Ende kurz und knapp das zu Sagende

zu sagen? Ich, der Ungeduldige, wandle auf einem schwankenden Seil, höre ich seinen Wiederholungen zu, die letztendlich zu einem überraschenden Ergebnis führen. Stets verblüfft er mich, wenn am Schluß seiner Ausführungen klare Aussagen kurz und prägnant im Raum stehen. Im Übrigen finden solche Diskussionen meist auf unseren Autotouren statt, die uns dorthin führen, wo Iljas Anwesenheit gewünscht oder wichtig ist, wie in seinem Wahlkreis, im östlichsten Sachsen.

Soll ich nun noch darüber klagen, dass mich seine ellenlangen Wortspielereien aufregen? Natürlich regen die mich auf. Zunächst. Doch mit Ruhe gelesen oder gehört wird deutlich, ob mit Wortspielereien oder in politischen Traktaten, hinter den Zeilen verbergen sich weitaus mehr Gedanken. Anregungen zum Weiterdenken. Anfangs musste ich mich an diesen Stil erst gewöhnen.

Der literarische Mensch Ilja Seifert, also der Lyriker, hat die Gabe, bei anderen Wesentliches herauszufinden. Seine Art ist es nicht, vorgefertigte Thesen zu verkünden, sondern gemeinsam mit Diskussionspartnern durch Fragestellungen zum Kern einer Sache zu kommen.

Daß Ilja seinen Lebensweg seit nunmehr 40 Jahren rollenderweise bewältigt, ist nur dann problematisch, wenn Zugänglichkeiten, wider alle Vernunft, verbarrikadiert sind. Ein Thema, weswegen sein politisches Engagement auch der Barrierefreiheit gilt. Für ihn ist Behindertenpolitik Querschnittsaufgabe und keine „sonderpolitische Ebene“.

Was bleibt noch zu sagen? Ilja Seifert, der Mensch, der Freund, der Politiker, der Lyriker, ist ein engagierter Streiter für ein bisschen mehr Menschlichkeit, für Gerechtigkeit, für den Freiraum Leben.

Christian Schröder

*Wenn ein einzelner einem Irrgarten
Entkommt,
Mag er
Gerettet sein.*

*Wenn er
Der Menschheit
Helfen will,
Muß er den Irrgarten zerstören.*

*Was aber
Bleibt übrig:
Garten
oder
Irre?*

*Ilja Seifert 3./19. September 1995. In: Ilja Seifert/Christian Schröder (1999):
„Irrgarten zerstören – ein AbWendeBüchlein“. Spotless-Verlag*



Vom Friedensfest zum Bundestag – Politisch unterwegs zwischen Berlin und der Lausitz

Als Oberlausitzer Berliner oder Berliner Oberlausitzer – so bezeichnen mich meine Mitarbeiter im Wahlkreis gern. Was mir durchaus schmeichelt, denn ich fühle mich verbunden mit diesem östlichsten Zipfel des Landes, mit seinen Wiesen und Bergen und vor allem mit den Menschen, die man mitunter auch liebevoll „Granitschädel“ nennt.



Friedensfest 2007 in Görlitz

Foto: Mirko Schultze



Rede im Deutschen Bundestag

Foto: Deutscher Bundestag

Ich wurde von Bürgerinnen und Bürgern der Region gewählt und vertrete deren Anliegen im Deutschen Bundestag. Damit ich die Sorgen, Nöte und Probleme der Menschen aus der Oberlausitz erfahre, bin ich so oft es geht in der Region und habe ein offenes Ohr für die berechtigten Anliegen. Bei den regelmäßigen Bürgersprechstunden in meinen Abgeordnetenbüros in Görlitz und Zittau komme ich nicht nur mit engagierten

Parteimitgliedern, sondern auch mit vielen interessierten Bürgern in Kontakt. Auch bei regionalen Veranstaltungen wie dem traditionellen Friedensfest in Görlitz – um nur ein Beispiel zu nennen – ergeben sich für mich Gelegenheiten, um Gespräche zu führen. Hier tauschte ich mich im vergangenen Jahr mit jungen Genossinnen und Genossen über deren Probleme und Ideen aus. Es stimmt mich froh, daß wir junge Menschen haben, die

sich so engagieren. Aber auch mit manchen Kommunal- und Landespolitikern unserer Partei konnte ich sprechen. So schilderte mir die Landtagsabgeordnete Kathrin Kagelmann ihre Gedanken zum Umweltschutz. Ich bin mit ihr einer Meinung, wenn es darum geht, daß die Oberlausitz nicht verheizt werden darf. Der Einsatz von alternativen Energien muss forciert werden, damit Dörfer und die Menschen, die dort seit Jahrzehnten wohnen, nicht dem Kohlebagger weichen müssen.

All diese Gespräche und Erfahrungen sind wichtig für mich, um meine Politik im Bundestag auch wirklich an den Lebensrealitäten der Menschen in meinem Wahlkreis ausrichten zu können. Wie bisher werde ich mich auch weiterhin dafür einsetzen, daß die Oberlausitz nicht vergessen wird.

Ilja Seifert

Was einmal geht, geht auch zweimal – Neues Bürgerbüro in Zittau eröffnet

Die Oberlausitz wird von vielen als liebenswertes Fleckchen Erde geschätzt. Doch leider gibt es hier nicht nur schöne Landschaften, sondern auch handfeste Probleme: Die Arbeitslosenzahlen gehören zu den höchsten und die Löhne zu den niedrigsten des Landes. Daraus folgen viele Sorgen für die Bewohner der Region, die oft im Schatten der großen Leuchttürme Dresden oder Leipzig steht.

Grund genug für Ilja Seifert, neben dem Bürgerbüro in Görlitz eine zweite Anlaufstelle einzurichten. Der Ort Zittau stand schnell fest, die Suche nach einem geeigneten Objekt dauerte etwas länger. Barrierefreie Büroräume sind in einer Kleinstadt nicht dicht gesät. Mit Freunden und Wegbegleitern konnte Ilja Seifert Anfang April 2007 die Einweihung feiern. Viel Aufregung gab es seitdem aufgrund rechtsextremer Anfeindungen (siehe S. 8), doch mittlerweile wissen alle mit der Situation umzugehen. Sie zeigt uns, wie wichtig die Etablierung linker Strukturen vor Ort ist, um den Rechten nicht das Feld zu überlassen. Dafür stehen wir ein!

Die Räume entwickelten sich in den letzten Monaten zu einem wirklichen Ort der Begegnung, in dem Generationen zusammen beraten, diskutieren, arbeiten, aber auch feiern. Eine linke Anlaufstelle

für Bürgerinnen und Bürger. Die Sorgen, die diese uns vortragen, sind sehr vielfältig. Das fängt mit Nachbarschaftsstreitigkeiten an, geht über Probleme bei Antragsstellungen für soziale Unterstützung, über Kurablehnungsbescheide, bis hin zu illegaler Abwasserentsorgung. Gemeinsam suchen wir nach individuellen Lösungen. Viele bis dahin fremde Menschen lernt man kennen, jeder mit einem ganz eigenen Charakter und immer steht

ein Schicksal dahinter. Sie kommen mit unterschiedlichsten Erwartungen und manchmal auch nur, um mit jemandem reden zu können. Das berührt besonders und zeigt, wie sich die soziale Situation selbst in einer so kleinen Stadt wie Zittau verändert hat und wie wichtig die Arbeit vor Ort ist. Ob in Görlitz oder Zittau, unsere Türen stehen für Sie offen.

Janet Jähne



Büro in Görlitz

Foto: Mirko Schultze



Büro in Zittau

Foto: Janet Jähne

Nazis raus aus der Oberlausitz – Der Kampf gegen Rechtsextreme ist dringend notwendig

Bereits zwei Tage nach der Eröffnung des neuen Wahlkreisbüros von Ilja Seifert in Zittau am 1. März 2007 wurden zwei Scheiben mit Steinen beworfen. Eine davon ging zu Bruch. Dies war erst der Anfang einer anhaltenden Anschlagsserie, in deren Vorfeld immer wieder engagierte Mitglieder der LINKEN verbal angegriffen und bedroht wurden.

In dem zerstörten Fenster hing das Plakat „Nazis raus aus den Köpfen“ – ein erstes Indiz für die politische Herkunft der Täter. Am 10. März wurde erneut eine Fensterscheibe eingeworfen. Die Anschlagsserie setzte sich am 11. und 18. März und am 27. Juli fort. Insgesamt wurden seither acht Scheiben zerstört. Dies waren aber nicht die einzigen Attacken auf die Geschäftsstelle in Zittau. So wurden auch Graffitis mit rechtsextremen Parolen an die Hauswand gesprüht und Scheiben mit Aufklebern sogenannter freier Kameradschaften beklebt. Nachdem in der Nacht zum 19. Juli die Türschlösser des Büros mit Teer zugeschmiert wurden, ergab die kriminaltechnische Untersuchung einen weiteren Hinweis auf eine rechtsradikale Täterschaft: der gleiche Teer war in dieser Nacht zum Schänden von Stolpersteinen in Zittau verwendet worden, welche an die Opfer der NS-Zeit erinnern.

Nicht nur in Zittau kam es zu derartigen Anschlägen. So wurden alle Scheiben des Wahlkreisbüros in Görlitz während der von Neonazis ausgerufenen „Rudolf-Hess-Aktionswoche“ mit Plakaten verkleistert. Diese Aktion hatte zum einen das Ziel, den politischen Gegner einzuschüchtern, aber auch den Kriegsverbrecher Rudolf Hess als „Märtyrer“ zu verehren. In Niesky ließen sich ebenfalls Graffitis und Aufkleber mit rechtsextremen Inhalten finden.

In Hoyerswerda wurden am 25. Oktober 2007 kurz vor Beendigung einer Infoaktion zum Thema Mindestlohn eine Reporterin der lokalen Sächsischen Zeitung sowie Genossen und Gewerkschaftler durch eine Gruppe von Neonazis massiv bedroht. Dabei kam es zu Sachbeschädigungen, Beleidigungen und Zeichen verfassungswidriger Symbole.

Die nicht abreißende Serie von Anschlägen auf Geschäftsstellen der LINKEN in der Oberlausitz verdeutlicht einmal mehr, dass es sich hier nicht um einfache Jugendstreiche, sondern um gezielte Aktionen gegen die LINKE handelt. Aber nicht nur die LINKE ist Ziel von Attacken der extremen Rechten. Übergriffe auf Migrant*innen, Andersdenkende und alternative Einrichtungen sind ebenfalls zu verzeichnen.

Alle demokratischen Kräfte sind aufgerufen, zu den Vorfällen Stellung zu beziehen und sich öffentlich und deutlich gegen eine militante organisierte rechte Szene in der Oberlausitz zu bekennen, die ohne Übertreibung als Bedrohung für die freiheitlich demokratische Grundordnung zu bezeichnen ist.

Jens Thöricht

Zu viel Kohle, zu wenig Geld – Die sorbische Kultur ist gleich mehrfach bedroht

Die Sorben (Wenden) haben ihr angestammtes Siedlungsgebiet in der Lausitz. Ihre Kultur, ihre Sprache, ihre Art zu leben haben die Region wie kaum eine andere Bevölkerungsgruppe geprägt. Diese Lebenswelt ist zunehmend bedroht: durch den Aufschluss neuer Tagebauegebiete, durch Mittelkürzungen bei der Kulturförderung oder durch die Zwänge des Arbeitsmarktes.

Wer durch die Lausitz fährt, sieht zweisprachige Ortschilder oder findet Veranstaltungsankündigungen in Sorbisch und Deutsch. Vielerorts trifft man auf sorbische Kultur und Menschen, die sie prägen. Die vielschichtigen kulturellen Angebote wie auch die Sprache gilt es zu erhalten. Denn mit dem Verlust der Sprache verkommt die Kultur zur Folklore ohne Bezug zum realen Leben. Der Kampf um den Erhalt sorbischer Schulen, die Unterstützung des Witaj-Projekts zur Vermittlung der sorbischen Sprache an sorbische Kinder und deren deutschsprachige Altersgenossen, oder die Ausstattung der Stiftung für das Sorbische Volk waren immer wieder Thema bei den Treffen zwischen Ilja Seifert und Vertretern der Sorben. Doch der sorbische Kulturkreis, welcher heute noch rund 60.000 Angehörige hat, wird auch noch von anderer Seite bedroht. Wer

um den Erhalt des sorbischen Lebens kämpft, kommt an einem Fakt nicht vorbei: die Lausitz ist Abbauebiet für Braunkohle. Der Bedarf von immer neuen Tagebauflächen zerstört Dörfer und zwingt die Menschen zu Umsiedlungen und der Aufgabe ihrer Heimat. Nicht erst seit der neuesten klimapolitischen Debatte um den Sinn der Braunkohle stellt sich Ilja Seifert immer wieder der Diskussion, welche oft von Angst um den Arbeitsplatz oder vor dem Wegfall der Förderung durch den Energiekonzern geprägt ist. Die Perspektive lautet: Ausstieg aus der Kohleenergie. Das schafft Sicherheit für die Sorben (Wenden) und bewahrt die Einmaligkeit ihrer Kultur. Eine weitere Perspektive: Förderung regenerativer Energiequellen und des Tourismus. Das schafft nachhaltige Arbeitsplätze.

Mirko Schultze

Wopyt pola Załožby: Namołwa k spektakularnym akcijam

Zapóslancy LĚWICY ze sakskeho a braniborskeho sejma runje tak kaž člononoj zwjazkoweho sejma w Berlinje wopytachu wčera w Budyšinje Załožbu za serbski lud. Woni su so wo přichodže spěchowanja informowali a připrajili, zo chcedža Serbam pomhać. Zapóslanc zwjazkoweho sejma dr. Ilja Seifert je nimo toho Serbow namohwał, wjace spektakularnych akcijow přewjesć. Domowina kroči tuchwilu skerje puć małych a měnych kročelow. Tež šef zarjada zwjazkoweje kanclerki, Thomas de Maziére mjeztym praji, zo drje rozsudži knježerstwo w Berlinje za dalšu podpěru Serbow. W zašlych třoch měsacach chcyše so Zwjazk w Berlinje skerje ze spěchowanja Załožby za serbski lud wróćo sčahnyć.

MDR-Beitrag auf Sorbisch vom 18.09.2007: Über ein Treffen zwischen Ilja Seifert und Vertretern der Sorben (Wenden)

Hand in Hand – Regionale Zusammenarbeit in der Oberlausitz

Mit den Menschen für die Menschen – wo erlebt man dies direkter als in der Zusammenarbeit vor Ort? Die zahlreichen Einzelinitiativen engagierter Personen und Gruppen machen das politische und gesellschaftliche Leben einer Region aus. Sie sind die Basis einer lebhaften Demokratie. Diese Arbeit jenseits der hohen Bundespolitik verdient Unterstützung.



Siegerehrung von Kindern und Jugendlichen beim traditionellen Waschtropfpaddeln auf der Neiße. Foto: Mirko Schultze

Das Gespräch mit Selbsthilfegruppen in Zwickau, die Diskussion mit Arbeitslosen in Görlitz, die Weihnachtfeier für Arme, die Behindertentoilette in einem Kinder- und Jugendprojekt, die Einladung von

Hartz-IV-Initiativen nach Berlin oder die finanzielle Hilfe für das vom Stadtjugendring Görlitz organisierte traditionelle „Waschtropfpaddeln“. Die Unterstützung eines trinationalen Frauenvereines, der politische Rückhalt für die zunehmend marginalisierten Sorben (Wenden) oder die Zusammenarbeit mit Verantwortlichen zur Schaffung einer barrierefreien Tourismusregion Oberlausitz: all diese Initiativen, welche manchmal den Erfolg nur in kleinen Schritten zeigen, prägen die Arbeit von Ilja Seifert im östlichen Sachsen. Oft konnte er helfen, sei es mit einer kleinen Spende, welche das Projekt ermöglichte, sei es mit fachlichem und politischem Rat, oder einfach damit, Türen zu öffnen und Kontakte herzustellen. Die Unterzeichnung der Erklärung von Barcelona durch die Europastadt Görlitz/Zgorzelec oder die Solidarität mit der Initiative zur Verlegung von Stolperstei-

nen – mit denen an die Opfer der NS-Zeit erinnert wird – und welche vom Görlitzer OB Joachim Paulick (CDU) unter fadenscheiniger Begründung zu verzögern versucht wurde, seien da nur ein kleiner Beweis des Erfolges einer breit gefächerten Netzwerkarbeit im Wahlkreis. Es bleibt weiterhin viel zu tun: gemeinsame Projekte im Bereich barrierefreier Tourismus und Architektur, die Unterstützung der einzelnen Verbände bei der Neugliederung der Landkreise in Sachsen oder die weitere Zusammenarbeit mit der Hochschule Zittau-Görlitz sind da nur einige Beispiele. Mit den Wahlkreisbüros in Zittau und Görlitz, welche die Knotenpunkte unserer Netzwerkarbeit darstellen, haben wir hier eine Basis geschaffen, die wir in Zukunft ausbauen, und von der aus wir sicherlich noch so manchen ungewöhnlichen Schritt gehen werden.

Mirko Schultze

Mindestlohn jetzt! – Für eine linke Arbeitsmarktpolitik in der Lausitz

Regionale Wirtschaftskreisläufe stärken, Mindestlöhne sichern und Chancen der Region nutzen. Für eine sinnvolle Arbeitsmarktpolitik in der Lausitz gibt es klare Forderungen. Die Wirklichkeit sieht leider anders aus. Niedriglöhne, hohe Steuersätze und das Hoffen auf den großen Investor prägen die Handlungen der herrschenden Politik.

„Görlitz entwickelt sich zum Callcenter Standort.“ So, oder so ähnlich feiert nicht nur die regionale Presse die Ansiedlung eines weiteren Centers in Görlitz und verweist auf die 20 Arbeitsplätze, welche der Investor hier schaffen will. Rund 1.400 Menschen aus der gesamten Region arbeiten mittlerweile in diesem Bereich in Görlitz. Das neue Center begründet seine Entscheidung neben der relativ dialektfreien Sprache auch mit den Löhnen, die hier gezahlt werden können. Stundenlöhne um die fünf Euro sind keine Seltenheit. Doch was bleibt zum Leben bei 800 Euro brutto im Monat? Die meisten der so Beschäftigten stellen Anträge auf ergänzende Sozialhilfe. Die Kommunen gewähren diesen Zuschuss, weil er fürs Überleben wichtig ist. Daraus resultieren explosionsartig steigende Kosten für die öffentliche Hand. Die Folge sind erhöhte Abgaben

und Gebühren für die Bürger sowie höhere Hebesätze bei der Gewerbesteuer. Letztere verhindern die Neuansiedlung von Unternehmen und belasten die für die lokale Wirtschaft wichtigen kleinen Betriebe. Die Abgaben und Gebühren nehmen den Menschen das wenige Geld aus der Tasche und verhindern so, dass sie durch Konsum die Wirtschaft ankurbeln können. Die geringe Kaufkraft ist dann wiederum Argument für die niedrigen Löhne der Region. So entsteht die sprichwörtliche Situation vom Hund, der sich in den eigenen Schwanz beißt. Ein zentrales Instrument um den beschriebenen Negativ-Kreislauf zu durchbrechen, wäre die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes. Die kommunalen Kassen würden weniger belastet. Sie bekämen die Möglichkeit, sowohl die Steuerlast für Gewerbetreibende zu senken, als auch die Bürgerinnen und Bürger bei

Abgaben und Gebühren zu entlasten. Dadurch steigt die Kaufkraft und die lokale Wirtschaft wird gestärkt. Die Menschen können mit mehr Lohn auch wieder mal einfach ins Schwimmbad, ins Kino oder zum Sport zu gehen, was die öffentlichen Ausgaben, die momentan zur Subventionen solcher Einrichtungen benötigt werden, senkt. Ein solcher, für die Region wichtiger Mindestlohn kann jedoch nur auf Bundesebene entschieden werden. Ilja Seifert und DIE LINKE treten im Bundestag für einen deutschlandweiten gesetzlichen Mindestlohn ein. Dieser würde verhindern, dass Menschen zu Hungerlöhnen arbeiten müssen und die Gesellschaft immer mehr in Arm und Reich auseinanderdriftet.

Mirko Schultze

*Weitere Informationen unter
www.8euro.de*

Wenn einer eine Reise macht – Kein barrierefreies Reisen in der Lausitz

Mit Ilja Seifert im Wahlkreis unterwegs zu sein, ist immer spannend. Nicht nur, weil wir ständig neue Menschen kennenlernen und vorher nie genau wissen, welche Aufgaben aus diesen Begegnungen erwachsen. Jeder Besuch offenbart, wie wenig barrierefrei die Oberlausitz noch ist, für deren Einwohner der Tourismus einen wichtigen Wirtschaftsfaktor darstellt.

So manchem Touristen hat Ilja Seifert etwas voraus. Er kommt stets mit dem Auto.

Das ist auch gut so. Denn von selbstbestimmter Teilhabe am öffentlichen Personenverkehr kann keine Rede sein.

Zwar macht die Bahn laut eigenen Angaben mobil, doch ist davon nicht viel zu spüren. Das zeigt sich unter anderem am Beispiel der Stadt Löbau. Der Zustand des dortigen Bahnhofs ist katastrophal. Rollstuhlfahrer können das mittlere Gleis weder zur Abfahrt erreichen, noch von diesem Punkt aus den Bahnhof verlassen. Eine Unterführung mit Treppen macht das unmöglich. Dies ist umso bedauerlicher, weil dadurch die Innenstadt, in der das Konzept des barrierefreien Gestaltens fast durchgehend umgesetzt wurde, nicht besucht werden kann. Für eine Stadt, die sich um die Ausrichtung der sächsischen Landesgar-

tenschau 2012 bewirbt, ein unhaltbarer Zustand. Ilja Seifert dazu in einer Pressemitteilung: „Vor kurzem unterstützte ich mit einem Empfehlungsschreiben die Kandidatur der Stadt am Berge für die Landesgartenschau 2012. Sollten von dieser Veranstaltung jedoch körperbehinderte Anreisende ausgeschlossen bleiben, weil sie keine Möglichkeit zur Anreise mit dem Zug haben, müsste ich diese Empfehlung zurückziehen. Der Oberbürgermeister wäre gut beraten, sich gerade im Hinblick auf die Bewerbung, bei der Bahn für eine rasche und nachhaltige Lösung des Problems stark zu machen.“

Auch auf dem Görlitzer Bahnhof gab es Probleme. Dort wurde von der Bahn der Mobilitätsservice eingestellt. Diese Entscheidung wurde revidiert, doch von einer optimalen Lösung ist man noch weit entfernt. Denn nach 20 Uhr sind

sowohl Mobilität als auch Service eingestellt. Ein ähnliches Bild in Zittau: Wenn Rollstuhlfahrer die Gleise überqueren wollen, so müssen sie sich vorher bei der ansässigen Bundespolizei melden. Diese nimmt Rücksprache mit den Verantwortlichen im Stellwerk und entfernt dann kurzfristig die Sperrketten. Der Vorsitzende eines Behindertenvereines fragte bei der Bahn nach, was geschehen würde, wenn die Bundespolizei sich aus dem Gebäudekomplex zurückziehen würde. Die Antwort: „Dann hat man Pech.“

Jeder Tourist sollte herzlich willkommen sein. Es ist unverständlich, dass sich die Städte bei der Bahn nicht vehement für eine Änderung einsetzen, die schließlich allen zugute käme, nicht nur Menschen mit Behinderung – sondern auch Senioren, Eltern oder Personen, die es sich erlauben, mit Gepäck zu reisen.

Janet Jähne



Das Streben nach Mobilität und die Überwindung von Hindernissen
gehören zu den Triebfedern menschlicher Zivilisation.

BARRIEREN BESEITIGEN!

DIE LINKE.
IM BUNDESTAG

Wir müssen draußen bleiben – Lernen mit Behinderung

Schülerinnen und Schüler mit Behinderungen sehen die Schule, auf die ihre Freunde und Nachbarn gehen, meist nur von außen. Deutschland verletzt damit das Menschenrecht auf Bildung, so Vernor Munoz, Sonderberichterstatte des Menschenrechtsrats der Vereinten Nationen.



Foto: Monika Adamczyk, fotolia.com

Nur 14 Prozent der fast 500.000 behinderten Kinder und Jugendlichen lernen gemeinsam mit „normalen“ Schülerinnen und Schülern. Die anderen 86 Prozent werden in Sonderschulen

„untergebracht“. Lediglich acht von zehn erringen dort einen Abschluss. Statistisch gesehen erreichen null Prozent das Abitur. Sicherlich, Sonderpädagogen leisten gute Arbeit, da sie auf ihre „Schützlinge“ individuell eingehen können. Aber sollte das nicht allen Lernenden ermöglicht werden? Sonderschulen müssen abgeschafft und Regelschulen komplett umgestaltet werden. Das betrifft sowohl die pädagogische Ausrichtung, als auch die personalen und baulichen Bedingungen. Wie kann es sein, dass Kinder, nur weil sie nicht laufen können, in die Sonderschule müssen? „Der Bundesregierung liegen dazu keine Angaben vor“, so die Antwort auf eine Kleine Anfrage der LINKEN zu Lernenden mit Behinderungen (Drucksache 16/6148). In einer „Schule für alle“ würden alle Schülerinnen und Schüler vom gemeinsamen Unterricht profitieren. Dies bestätigen

wissenschaftliche Studien sowie Erfahrungen aus der Praxis, die übrigens auch zeigen, dass dadurch – ganz nebenbei – Kosten eingespart würden. Die tägliche Begegnung zwischen Lernenden mit und ohne Behinderung fördert einen diskriminierungsfreien Umgang im Denken und Handeln. Dies gilt auch für die Lehrenden. Kennen Sie einen blinden Lehrer, oder eine Lehrerin im Rollstuhl? Die Regierung nicht, denn der von ihr vorgelegte Nationale Bildungsbericht (Drucksache 16/4100), auf dessen Grundlage das Bildungssystem verbessert werden soll, enthält keinerlei Informationen über Menschen mit Behinderungen.

Das ist Ausschluss per Definition. Benachteiligungen in der Schule setzen sich in Ausbildung und Beruf fort. Sonderschule bedeutet Behinderung, bedeutet Verweigerung von Chancengleichheit!

Antje Asmus

Was will das Nachteilsausgleichsgesetz? – Teilhabe ermöglichen!

Menschen mit Behinderungen leben mit objektiv vorhandenen Nachteilen. Chronische oder psychische Erkrankungen bzw. körperliche Einschränkungen können die volle Teilhabe am gesellschaftlichen Leben beeinträchtigen. Ob dies als persönliches Schicksal oder als politische Aufgabe angesehen wird, liegt bei uns.

Eine Vielzahl von Barrieren, die übrigens nicht ausschließlich architektonischer, also baulicher Art sind, wirkt ausgrenzend. Darunter sind auch jene amtlichen Betrachtungsweisen zu zählen, die nach den Ursachen von Behinderungen beurteilen, welche Hilfen angebracht seien (Kausalitätsprinzip), statt die Existenz von objektiven Nachteilen unabhängig ihres Ursprungs, anzuerkennen und auszugleichen (Finalitätsprinzip). Um eine gleichberechtigte Teilhabe am gesamtgesellschaftlichen Leben für ALLE zu schaffen, ist Chancengerechtigkeit zu garantieren. Für Menschen mit Einschränkungen heißt das: Ein Nachteilsausgleich, der sich am realen Bedarf orientiert und dem Finalitätsprinzip folgt. Dazu ist auch persönliche Assistenz – neben technischen Hilfsmitteln – eine Möglichkeit, die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben auszugestalten.

Objektiv vorhandene Nachteile können nur dann wirkungsvoll ausgeglichen werden, wenn ihr Vorhandensein nicht als „ein vorübergehendes Ereignis“ (Krankheit) angesehen, sondern als Lebenssituation mit einschränkendem Charakter anerkannt wird.

Hier hat der Gesetzgeber dafür Sorge zu tragen, daß objektiv bestehende Nachteile nicht in Armut und Isolation führen.

Die Aufforderung der Fraktion DIE LINKE an die Bundesregierung, ein Nachteilsausgleichsgesetz (NAG), zu schaffen (Drucksache 16/3698), zielt einerseits auf die Vereinheitlichung und Zusammenführung bestehender Gesetze ab und beabsichtigt andererseits, den Menschen in seiner individuellen Situation in den Mittelpunkt zu setzen.

Menschen mit Behinderungen sind gleichberechtigter Teil der Gesellschaft.

Die 2006 von den Vereinten Nationen verabschiedete „Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen“ verpflichtet die Mitgliedsstaaten, dies anzuerkennen (siehe S. 16). Die Konvention fordert dazu auf, die Situation von Menschen mit Behinderungen durch sozialen Schutz und die Wahrung ihrer Rechte zu verbessern.

Der Antrag für ein Nachteilsausgleichsgesetz der Fraktion DIE LINKE geht mit diesem Anspruch konform. Daß er wesentliche Forderungen der Behindertenbewegung zusammenfasst und konkrete Maßnahmen vorschlägt, unterstreicht die Dringlichkeit dieser Initiative. Die persönliche Assistenz steht dabei im Mittelpunkt. Nur so kann das zentrale Ziel nach uneingeschränkter Teilhabe am gesamtgesellschaftlichen Leben in Selbstbestimmung und Würde erreicht werden.

Christian Schröder

UN-Konvention – Für die Rechte von Menschen mit Behinderungen

Am 30. März 2007 unterzeichnete Deutschland die „UN-Konvention zur Förderung und zum Schutz der Rechte und der Würde von Menschen mit Behinderungen“. Diese ist für viele Betroffene und deren Angehörige ein Hoffnungsschimmer. Nun muss sie auch endlich ratifiziert und in nationales Recht umgesetzt werden.

Weltweit gelten etwa zehn Prozent aller Menschen als behindert – körperlich, geistig oder seelisch. Allein 400 Millionen der 650 Millionen behinderten Menschen leben in Entwicklungsländern, oft unter menschenunwürdigen Bedingungen.

In der neuen Konvention der Vereinten Nationen werden die Ansprüche behinderter Menschen auf Selbstbestimmung, Diskriminierungsfreiheit und gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe in einer Art und Weise formuliert, wie es dies auf internationaler Ebene noch nie zuvor gab. Sie verdeutlicht die Abkehr von einer Behindertenpolitik, die vorrangig auf Fürsorge und Ausgleich vermeintlicher Fehlentwicklungen gerichtet war und erkennt endlich Behinderung als positiven Bestandteil menschlichen Zusammenlebens an.

Konkret wird den Mitgliedsstaaten vorgeschrieben, Menschen mit einer

Behinderung in allen gesellschaftlichen Bereichen – wie z.B. Schule, Ausbildung, Beruf oder Gesundheitsvorsorge – wirksam zu integrieren: Ein riesiger und lang ersehnter Erfolg für alle von Behinderung Betroffenen.



Bisher handelt es sich jedoch nur um eine völkerrechtliche Vereinbarung, ein Übereinkommen zwischen verschie-

denen Vertragsstaaten, die nur untereinander zur Einhaltung verpflichtet sind. Der einzelne in einem Vertragsstaat lebende Mensch kann daraus erst dann unmittelbar Rechte für sich herleiten, wenn die bestehenden nationalen Gesetze an die Konvention angepasst sind. So wird es in Zukunft eine unserer wichtigsten Aufgaben sein, eine möglichst weitgehende Umsetzung der Konventionsregelungen in deutsches Recht einzufordern.

DIE LINKE wird den Ratifikationsprozess aktiv begleiten und sich für eine hundertprozentige Umsetzung des Konventionsinhalts einsetzen.

Claire Weckesser

Wir haben für Sie ein Dossier mit ausführlichen Erläuterungen zum Thema erstellt. Dieses können Sie unter www.Ilja-Seifert.de herunterladen.

Vom Recht auf assistierte Teilhabe – Die Pflege braucht neue Konzepte

Pflege ist ein Thema, das viele betrifft und noch mehr beschäftigt. Menschen fragen sich besorgt: „Was wird aus mir, wenn ich eines Tages – wegen Alters, Krankheit oder Unfalls – nicht mehr allein zurechtkomme?“ Oder: „Was passiert, wenn Eltern, Angehörige, Freunde plötzlich auf Pflege oder Assistenz angewiesen sind?“

Die Anforderungen der Betroffenen in Bezug auf eine hilfreiche, assistierend-begleitende oder anleitende Pflege sind unterschiedlich. Da sind Menschen, die schon frühzeitig, zum Teil von Geburt an, mit einem Handicap und entsprechenden Beeinträchtigungen leben, Menschen, deren Alltagskompetenz nachlässt oder Menschen im Sterbeprozess.

Die Bundesregierung hat einen Gesetzesentwurf für eine Pflegereform vorgelegt, der die Unterschiedlichkeit der Bedürfnisse ignoriert, sozial ungerecht ist und die drängenden Probleme überhaupt nicht anpackt. DIE LINKE erarbeitete deshalb ein eigenes Konzept für eine humane und solidarische Pflegeabsicherung.

Der gegenwärtig gültige, vorwiegend auf den Körper und damit auf Verrichtungen bezogene Pflegebegriff (satt, sauber, trocken) erwies sich als unbrauchbar. Nötig sind Hin- und Zuwendung, das

Sprechen mit dem alten oder behinderten Menschen, die Mobilisierung seiner eigenen Möglichkeiten und Fähigkeiten, gerade auch um dementiell Erkrankte besser einbeziehen zu können.

Ilja Seifert gehört zu den Erstunterzeichnern der Initiative „Daheim statt Heim“, die sich für die Ermöglichung eines würdevollen Lebens zuhause einsetzt, um Menschen vor den oft katastrophalen Zuständen in Pflegeheimen zu schützen. Dafür müssen Rahmenbedingungen geschaffen werden. Die Finanzierung der Pflegeversicherung ist hierbei eine Schlüsselfrage. Wer sich um die Lösung der maßgeblichen Probleme drückt, macht sich mitschuldig an unterernährten Frauen und Männern, für die nicht einmal Zeit bleibt, um sie vor Druckgeschwüren zu bewahren.

DIE LINKE fordert die Ausrichtung der Leistungshöhe am tatsächlichen Bedarf

und die Überwindung des Pflegestufensystems. Die geforderten Verbesserungen können solide und sozial gerecht finanziert werden, wenn die Forderung der LINKEN nach einer solidarischen Bürgerversicherung in der Pflege eingeführt und die Trennung zwischen privater und sozialer Pflegeversicherung aufgehoben wird. Das Konzept beinhaltet zudem, dass Rentner/innen künftig wieder nur den halben Beitragssatz zahlen.

Zurück zur Ausgangsfrage: „Was wird aus mir?“ Jede und jeder kann irgendwann auf Pflege oder Assistenz angewiesen sein oder als Angehöriger mit den dann anstehenden Fragen konfrontiert werden. Ängste vor dieser Situation können nur genommen werden, wenn die Gesellschaft den Mut für wirkliche Reformen aufbringt.

André Nowak

Reisen für Alle – Tourismus als soziale Aufgabe

Warum „Reisen für Alle“ in einem Land, dessen Reisefreudigkeit weltweit an der Spitze rangiert und in dem das Reisen für den Einzelnen große Bedeutung hat? Als ob nicht ohnehin schon fast alle reisen...

Es können eben nicht alle unbeschwert reisen. Menschen, die zum Teil über lange Zeit mit Hartz IV leben müssen, die keine Arbeit haben oder nur sehr schlecht bezahlte, Senioren mit Niedrigrenten, aber auch Familien mit Kindern – vor allem Alleinerziehende – haben nicht die Freiheit und Wahlmöglichkeit zu reisen und touristische Potentiale zu nutzen wie heutige Bundesdeutsche im Durchschnitt.

Die soziale Spaltung der Gesellschaft nimmt zu. Die einen haben über Bildung und Einkommen Zugang zu Kultur- und Freizeitangeboten. Andere haben diesen Zugang nicht. Für DIE LINKE ist daher das Recht auf Tourismus eines der insgesamt fünf Leitbilder des Konzepts „Reisen für Alle“, welches auf der ersten Tourismuskonferenz der Bundestagsfraktion DIE LINKE am 27. April 2007 mit Vertreterinnen und Vertretern aus

Politik, Wirtschaft und Verbänden diskutiert wurde. Reisen für Alle erfordert demnach:

1. *ein Recht auf Tourismus, das allen Bewohnerinnen und Bewohnern der Welt zusteht.*
2. *klare Rechte für die im Tourismusgewerbe Beschäftigten.*
3. *eine umfassende Barrierefreiheit in der gesamten touristischen Kette (siehe S. 20).*
4. *einen sorgsamem Umgang mit der Umwelt (siehe S. 21).*
5. *die Nutzung der Chancen und Potentiale des ländlichen Raumes.*

Dabei richtet sich der Blick nicht allein auf wirtschaftliche Erfolgsdaten, sondern auf die Wirkung touristischer Angebote für Erholung, Gesundheit und Bildung für Alle. Wir fordern, touristische Angebote auch für finanziell schwache

Bevölkerungsschichten zu erschließen, um ihnen breiten Zugang zu Freizeit, Erholung, Reisen und Urlaub zu ermöglichen. Dazu gehört insbesondere die Förderung von Familien, Arbeitslosen, Kindern, Jugendlichen in Ausbildung, Studierenden aus sozial schwachem Elternhaus, Seniorinnen und Senioren sowie Menschen mit Behinderungen.

Bei der Entscheidung über die Höhe von Leistungen zur Grundsicherung und anderen Sozialleistungen müssen Kosten für angemessene Urlaubsreisen sowie Klassenfahrten berücksichtigt werden. Jedes Kind und jede/r Jugendliche sollte mindestens einmal im Jahr für zwei Wochen ein touristisches (Gruppen)Angebot nutzen können. Wir fordern jährliche, von den Schulen ausgerichtete Klassenfahrten in jeder Altersstufe als verbindlichen Teil des staatlichen Bildungsauftrages.

André Nowak



Auch ohne viel Geld die Welt entdecken wollen?

REISEN FÜR ALLE!

DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G

Enthinderung ist das Ziel – Tourismus ohne Barrieren

Um „Reisen für Alle“ zu ermöglichen, brauchen wir die Beseitigung der sozialen, kommunikativen und baulichen Barrieren ebenso wie der rechtlichen und administrativen Hindernisse und der Blockaden in den Köpfen.

Als jemand, der öfters mit Ilja Seifert reist, kann ich inzwischen etliche Geschichten über die Barrieren beim Reisen, in den Verkehrsmitteln, Hotels, Gaststätten, Sehenswürdigkeiten, beim Suchen von Informationen aber auch im Denken vieler Anbieter erzählen.

Es gibt keine Sitzung des Tourismusausschusses im Bundestag und nahezu keinen Tagesordnungspunkt, wo das Thema „Barrierefreier Tourismus“ keine Rolle spielt. Zu Beginn der Wahlperiode war es fast ausschließlich Ilja Seifert, der als Tourismuspolitischer Sprecher der LINKEN damit nervte. Inzwischen gehört es auch bei anderen Fraktionen selbstverständlich dazu.

Zunehmend rücken Fragen des barrierefreien Reisens und die bestehenden Defizite in die öffentliche Diskussion. Hier geht es nicht um „Sonderlösungen für ein paar Behinderte“, sondern um

die gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen am gesellschaftlichen Leben. Meine Erfahrung ist, dass Barrierefreiheit letztendlich vielen zu gute kommt und zumindest niemanden stört. Rollstuhlgerechte Zugänge und Wege erfreuen auch Eltern mit Kinderwagen, Reisende mit schwerem Gepäck, ältere Menschen und selbst Kinder mit Laufrad oder Jugendliche auf Skateboards.

Aber das Thema erstreckt sich bei weitem nicht nur auf Rampen für Rollstuhlfahrer. Benötigt werden unter anderem Blindenschrift, Gebärdendolmetscher, Angebote in einfacher Sprache oder barrierefreies Internet. Wichtig ist zudem die Qualifizierung der Beschäftigten in der Tourismuswirtschaft und der damit verbundene Abbau von Unsicherheit und Hilflosigkeit.

Ich weiß, dass nicht von einem Tag auf den anderen alle Reiseangebote behin-

dertengerecht gestaltet werden können. Ich sehe aber nicht ein, dass für viel Geld nach wie vor ICE-Züge gebaut werden, in denen nur ein einziger Rollstuhlfahrer mitreisen kann. Selbst wenn dieser Platz auf der Hinfahrt noch frei ist, kann er für die Rückfahrt schon vergeben sein und jemand sitzt alleingelassen fernab der Heimat. Ebenso wenig ist einzusehen, dass bei historischen Sehenswürdigkeiten der Denkmalschutz wichtiger sein soll, als die Beseitigung von Diskriminierung durch behindertengerechte Einbauten. Moderne Heizungen und Toiletten, Strom, Brandschutzanlagen und Telefonleitungen passen schließlich auch in mittelalterliche Gebäude. Wenn auf enthindernde Maßnahmen selbst bei Neubauten – oft sogar öffentlich gefördert – verzichtet wird, dann hört für mich jedes Verständnis auf.

André Nowak

Die Welt erhalten – Wie kann ökologischer Tourismus aussehen?

Der Zusammenhang zwischen Umwelt und Tourismus ist paradox: Urlaubsreisende suchen oft die Erholung in ursprünglicher Natur und malerischen Landschaften. Gleichzeitig trägt gerade die Tourismusindustrie mit ihrem hohen Verkehrsaufkommen und dem Bedarf an immer neuer infrastruktureller Erschließung erheblich zur Bedrohung der Umwelt bei.



Foto: Manuel Langer, photocase.com

Das tourismuspolitische Konzept „Reisen für Alle“ der LINKEN beinhaltet das Leitbild ökologischer Verantwortbarkeit. Die Förderung von sanftem und Ressourcen schonendem Tourismus soll den oben verdeutlichten Widerspruch abfedern. Dazu sind die im Sinne naturnahen Reisens bereits entwickelten Möglichkeiten auszubauen. Wandern, Reiten, Radeln oder Paddeln im Umland ist nicht nur fa-

milienfreundlich, es schont auch die Natur und stärkt zudem die Vielfalt touristischer Kleinbetriebe im Nahtourismus, was dem Leitbild zur Nutzung der Chancen des ländlichen Raums entspricht.

Um den CO₂-Ausstoß und den damit verbundenen Klimawandel einzudämmen, ist die Besteuerung von Flugbenzin unumgänglich. Statt Flugreisen innerhalb Deutschlands müssen ökologische

und erschwingliche Alternativen, wie Bus und Bahn gefördert werden. Wer weiter weg reist, kann bei verschiedenen Initiativen für die Kompensation der ausgelösten Klimaschäden seinen Beitrag leisten.

Egal, ob Naherholung oder Fernreise: Im Sinne ökologischer Verantwortung sollte grundsätzlich jeder Aufenthalt so gestaltet sein, dass nachfolgenden Generationen ein ökologisch und kulturell intakter Lebens- und Urlaubsort hinterlassen wird. In der Bundestagsdebatte zum Ferntourismus im März 2007 (Drucksache 16/88) sprach sich Ilja Seifert deshalb für die Beseitigung von Folgeschäden touristischer Großprojekte in ärmeren Ländern aus. Nicht, um die Privatwirtschaft von ihrer Verantwortung zu entbinden, sondern um den Menschen vor Ort beizustehen und unsere Welt zu erhalten. *Markus Gilles und Tina Flegel*

Der Weg einer neuen Partei – Gregor Gysi über die DIE LINKE und Ilja Seifert

Seit dem 16. Juni 2007 gibt es in Deutschland erstmals nach 1949 eine Partei links von der SPD mit gesellschaftlicher Akzeptanz. Und sie heißt auch so: DIE LINKE. Sie ging aus einem Zusammenschluss der vormaligen Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) und der „Wahlalternative für Soziale Gerechtigkeit“ (WASG) hervor. DIE LINKE ist eine Kraft, mit der man rechnen muss.

Seit 1990 war die PDS zwar im Bundestag vertreten, sie repräsentierte jedoch überwiegend die Interessen der Ostdeutschen im Verlaufe des Einheitsprozesses, der unter der politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Dominanz Westdeutschlands erfolgte. Im Westen blieb die PDS zunächst eine marginale Partei. Die Lage änderte sich entscheidend, als die SPD mit den Grünen einen Bruch in der Innen- und Außenpolitik vollzog. Mit einer Senkung der Einkommens- und Unternehmenssteuern zugunsten der Konzerne und Vermögenden bei gleichzeitigen Kürzungen sozialer Leistungen bei den Renten, im Gesundheitswesen und bei den Arbeitslosen, setzte die SPD mit ihrer „Agenda 2010“ eine neoliberale Politik durch, die unter Helmut Kohl so undenkbar gewesen wäre. Außenpolitisch brachen SPD und Grüne mit ihrer Zustimmung zur

völkerrechtswidrigen Bombardierung Belgrads mit dem Nachkriegskonsens. Deutsche Soldaten beteiligten sich erstmals wieder an einem Krieg.

Gegen die neoliberale Agenda 2010 formierte sich im Westen Widerstand in den Gewerkschaften und auch in Teilen der SPD, der zur Bildung der WASG führte. Unfreiwillig beförderte Schröders Coup der vorgezogenen Neuwahlen den Druck auf PDS und WASG, sich zusammen zu tun. Zu den Bundestagswahlen im Herbst 2005 trat die PDS an. Auf ihren Listen kandidierten unter anderem auch Mitglieder der WASG, darunter Oskar Lafontaine, der einen wichtigen Beitrag zur Erhöhung der Akzeptanz der LINKEN nicht nur in Westdeutschland leistete.

Über 4,2 Millionen Wählerinnen und Wähler – oder 8,7 Prozent – gaben dem Projekt einer gesamtdeutschen linken Partei mit ihrer Stimme einen Vertrau-

ensvorschluss, der knapp zwei Jahre später mit der erfolgreichen Gründung der Partei DIE LINKE eingelöst wurde.

DIE LINKE ist die einzige Partei im Deutschen Bundestag, die die neoliberale Politik, welche im Kern in einer Dominanz der Wirtschaft über die Politik besteht, konsequent ablehnt und bekämpft. Sie ist die Partei, die die Frage nach Frieden und sozialer Gerechtigkeit in dieser Gesellschaft ins Zentrum ihrer Politik stellt.

Nur wir setzen uns für eine zügige Angleichung der Löhne, Gehälter, Renten und Arbeitszeiten im Osten an das Westniveau ein. Wir kämpfen um mehr Mittel zur Entwicklung von Wissenschaft, Forschung und eigenen Wirtschaftskreisläufen in strukturschwachen Regionen, das heißt vor allem im Osten.

Nur wir sprechen uns in der Außenpolitik konsequent gegen deutsche Kriegsein-



Ilja Seifert beim Gründungsparteitag der neuen Partei DIE LINKE.

Foto: Gabi Eichler

sätze wie der Beteiligung der Bundeswehr am Krieg in Afghanistan aus, weil man Terror nicht mit der höchsten Form des Terrors, mit Krieg, bekämpfen kann. Krieg schürt nur neuen Hass und bringt neue Terroristen hervor.

Die Debatte über die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns, die Ablehnung der Rentenkürzungen und der Rente ab 67, die Zwangsverrentung von Langzeitarbeitslosen, die Demütigung von Arbeitslosen unter Hartz IV, die Ablehnung einer Privatisierung der Bahn – in all diesen Fragen vertritt DIE LINKE die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger. Wenn es DIE LINKE im Bundestag

nicht gäbe, wäre die gesellschaftliche Mehrheit ohne Stimme im Parlament.

Auch wenn wir im Bundestag nicht über eine Mehrheit verfügen, so zeigt unsere Politik doch Wirkung: Die Basis der Grünen hat ihre Führung gezwungen, der Verlängerung des Anti-Terror-Mandats der Bundeswehr in Afghanistan nicht zuzustimmen. Und wenn die SPD einige Korrekturen ihrer Agenda 2010, wie die Verlängerung der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld I vornimmt, dann ist das dem Druck der LINKEN zu verdanken.

Ilja Seifert war von der ersten Stunde des Bundestages im wiedervereinigten Deutschland an als Abgeordneter,

als Mitglied unserer Partei, als Genosse Teil des hier beschriebenen Prozesses. Und er ist es noch heute. Denn dieser Weg, da sind wir beide uns einig, muss weiter gehen. Es liegt noch viel vor uns. DIE LINKE will die Welt verändern. Er will es mit ihr. Als Experte im Bereich Tourismus hat er zur Entwicklung eines sozialen und ökologischen Tourismuskonzepts nach dem Maßstab REISEN FÜR ALLE beigetragen. Als Experte auf dem Gebiet der Behindertenpolitik, der Gesundheit und der Pflege unterbreitet er Vorschläge, wie eine Barriere nach der anderen abgeschafft, wie das Recht auf Gesundheitsvorsorge und ein Leben in Würde umgesetzt werden kann, und er hat so die soziale Kompetenz unserer Partei wesentlich mitentwickelt. Gemeinsam streiten wir für eine Gesellschaft, die jede und jeden an den Bedingungen eines Lebens in Freiheit, sozialer Sicherheit und Solidarität beteiligt.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Ilja Seifert'.

Es gilt das gesprochene Wort – Zitate aus dem Bundestag

„Kann es eine Zukunft ohne Heime geben? Behinderte Menschen müssen dort wohnen können, wo sie wollen und mit wem sie wollen, und sie müssen so die Möglichkeit bekommen, ihre sozialen, insbesondere familiären Netze zu erhalten.“

01.06.2006 zum Antrag der LINKEN auf Einsetzung einer Enquete-Kommission „Ethik, Recht und Finanzierung des Wohnens mit Assistenz (Heim-Enquete)“

„Lasst uns nicht nur daran denken, dass die Gutbetuchten in die Fünfsternehotels fahren, sondern auch dafür sorgen, dass sich Menschen kennenlernen und eine Weltanschauung durch das Anschauen der Welt entwickeln können!“

22.03.2007 zum Thema Tourismus für Alle

„Um einer besseren Teilhabermöglichkeit behinderter Menschen näher zu kommen, legt DIE LINKE den Antrag für ein „Gesetz zum Ausgleich behinderungsbedingter Nachteile (NAG)“ vor. Sein grundlegendes Prinzip ist: Gleiche Leistung bei vergleichbarer Beeinträchtigung. Schwerpunkt der Nachteils-

ausgleichsleistungen soll personale Assistenz in vielfältigen Erscheinungsformen sein, deren Umfang sich am individuellen Bedarf des behinderten Menschen ausrichtet. [...] Das hier zur öffentlichen Diskussion gestellte Konzept ist ein Ergebnis jahrzehntelanger Diskussionen innerhalb der emanzipatorischen Behindertenbewegung. Wie Sie wissen, empfinde ich mich als festen Teil dieser Bewegung. Es freut mich also, nunmehr Anregungen aus der Betroffenen-Debatte in die unmittelbare parlamentarische Beratung überführen helfen zu können.“

27.03.2007 zum Antrag der LINKEN für ein Gesetz zum Ausgleich behinderungsbedingter Nachteile (NAG)

„Es ist einige Jahre her, da starb in meinem Wahlkreis eine Frau an der Huntington-Krankheit. Das ist kein schöner Tod. Ihr Sohn, der damals Anfang 20 war, ließ sich auf die Krankheit testen. Der Test fiel positiv aus. Dies stürzte den jungen Mann ins Unglück: Er hörte auf zu arbeiten, verlor seine Familie, fiel ins Bodenlose. Was will ich damit sagen? Es reicht nicht, solche Tests anzubieten, man

muss auch darüber aufklären, wie man mit einem positiven Testergebnis umgehen kann. Wir müssen klar machen, dass man auch mit solchen Krankheiten und den daraus folgenden Beeinträchtigungen und Behinderungen am gesellschaftlichen Leben teilhaben, Freude empfinden und ein erfülltes Leben führen kann.“

24.05.2007 zum Gesetzesentwurf der Grünen über genetische Untersuchungen bei Menschen (Gendiagnostikgesetz – GenDG)

„Völlig ausgeblendet ist im Koalitionsantrag die Frage der Dienstreisen von uns selbst, der Bundesregierung und den in Bundesbehörden Beschäftigten. Auch das Dienstreisemanagement der Bundesbehörden muss kritisch hinterfragt werden und vielleicht sollten wir Abgeordnete künftig nicht nur unsere Nebeneinkünfte, sondern auch unsere persönliche CO₂-Bilanz offen legen?“

11.10.2007 zum Regierungsantrag: Messen und Geschäftsreisen als Chance für den Tourismusstandort Deutschland

Auswahl von Robert Krüger



Auf ein Wort – Drei Fragen an Ilja Seifert

Warum machst Du Politik bei der LINKEN?

Erstens: Ich halte Frieden, soziale Gerechtigkeit und selbstbestimmtes Engagement in der Gesellschaft nach wie vor für erstrebenswerte Ziele. DIE LINKE bietet mir dafür gute Möglichkeiten. Zweitens: Politik muss sich meines Erachtens an den Erfordernissen derjenigen orientieren, die „schwächer“ sind. Dazu zählen nicht nur Menschen mit Behinderungen. DIE LINKE arbeitet daran, umfassende Barrierefreiheit zum durchgehenden gestalterischen Prinzip in Politik und Verwaltung aber auch bei der baulichen Gestaltung und im Kommunikationsaustausch werden zu lassen. Drittens: DIE LINKE vergisst nicht, dass es DDR-Erfahrungen gibt, die auch in der heutigen BRD nützlich sein können.

Dies ist bereits Deine vierte Legislaturperiode im Bundestag. Hast Du keinen richtigen Beruf?

Es gab vor, während und zwischen meinen Zeiten als Abgeordneter auch viele

andere Tätigkeiten, die ich ausgeübt habe, die mir nach wie vor wichtig sind. Von Haus aus bin ich ja Germanist und Literaturhistoriker. Ich betätige mich auch als Lyriker. Das ist eine Leidenschaft, die man nie völlig aufgibt. Auch meine Lehrtätigkeit an der Berliner Humboldt Universität und der Karls-Universität in Prag ist mir wichtig. Diskussionen mit jungen Studierenden aus Deutschland und der Tschechischen Republik empfinde ich als sehr bereichernd. Die Arbeit als Sachverständiger für Barrierefreiheit sowie meine Ehrenämter in der Behindertenbewegung – als Vorsitzender des Berliner Behindertenverbandes, im Allgemeinen Behindertenverband und im Europäischen Behindertenforum – sind weitere Arbeitsfelder jenseits der Politik im Bundestag, aber natürlich eng mit dieser verknüpft. Die Zusammenarbeit mit aktiven Betroffenen ist es, was mir eigentlich die Kraft und die Motivation gibt, das zu tun, was ich im Parlament tue. Und so lässt sich die Frage vielleicht auch am besten beantworten: Trotz an-

derer „richtiger Berufe“ und wichtiger Betätigungsfelder glaube ich, dass ich hier – als Volksvertreter im Bundestag – am meisten gebraucht werde.

Warum sitzt ausgerechnet Du im Bundestag? Bist du der Quotenkrüppel der Linksfraktion?

Zunächst einmal ist der Anspruch auf Selbstvertretung, – eine alte und wichtige Forderung aus der Behindertenbewegung – ernst zu nehmen. „Nicht über uns ohne uns“ lautet die Losung. Daher ist es wichtig, dass Behindertenpolitik im Parlament zwar von allen mitgedacht wird, aber eben von Betroffenen selbst ihre maßgebliche Gestaltung erfährt. In Deutschland leben über acht Millionen Menschen mit Behinderungen. Da ist es eine Frage der Ernsthaftigkeit einer Demokratie, ob Betroffene ihre Themen auf den verschiedenen politischen Ebenen selbst vertreten.

Das Interview führte Markus Gilles

Darf ich vorstellen? – Das Team Seifert

Wahlkreisbüros



Janet Jähne (32), Arzthelferin, ist ein wahres Organisationstalent. Als Verantwortliche für das Zittauer Büro engagiert sie sich stark in der Kommunalpolitik, vor allem für Bildung.



Mirko Schultze (33), genannt „Schulle“, Baufacharbeiter, ist Leiter des Görlitzer Wahlkreisbüros und in Görlitz als Stadtrat besonders im Bereich der Jugendhilfe gefragt.



Jens Thöricht (29), Bankkaufmann, gehört zum Team des Zittauer Büros und setzt sich nicht nur dort gegen Rechtsextremismus ein.

Bundestagsbüro



Antje Asmus (27), Studentin der Politik und Germanistik, zeichnet für die Herausgabe der ZWISCHENRUFÉ verantwortlich und ist unsere Fachfrau beim Thema Bildung für Alle.



Tina Flegel (24), studiert internationale Beziehungen und ist daher häufig im Ausland unterwegs. Wie passend, dass sie sich bei uns im Team dem Thema Tourismus angenommen hat.



Markus Gilles (27), Student der Soziologie, Politik-, und Kulturwissenschaften, ist als unser PR-Mann u.a. für diese Broschüre verantwortlich und widmet sich außerdem der Behindertenpolitik.



Robert Krüger (27), Student der Rechtswissenschaft, als dienstältester studentischer Mitarbeiter unser IT-Fachmann und Spezialist für das Thema alternative Wohnformen.



André Nowak (47), Diplom-Politologe und wissenschaftlicher Mitarbeiter, beeindruckt als Büroleiter durch die Fähigkeit, enorme Papierberge in kurzer Zeit zu bearbeiten.



Christian Schröder (60), persönlicher Assistent von Ilja Seifert, Sachverständiger für Barrierefreiheit und kritischer Kritiker.



Marion Spröte (46), Verkehrskauffrau, behält als Sekretärin immer den Überblick und ist für viele der erste Kontakt in unserem Berliner Büro.



Claire Weckesser (33), Rechtsanwältin, erhellt unsere Debatten aus juristischer Perspektive und besitzt die Gabe, Kompliziertes einfach zu erklären.

**„Zwischenrufe irritieren!
Sie fragen nach
und erregen Aufmerksamkeit.“**

Jetzt abonnieren!

Bestellen Sie den elektronischen Rundbrief ZWISCHENRUFÉ mit aktuellen Informationen aus dem Team Ilja Seifert zur Arbeit im Bundestag, dem Wahlkreis in der Oberlausitz, sowie zur Behinderten- und Tourismuspolitik.

**Senden Sie einfach eine Email an:
Ilja.seifert@bundestag.de**





Anregungen?
Fragen?
Kritik?

Kontaktieren Sie mich
Jederzeit!

DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G

Kontakt

Bundestagsbüro

Platz der Republik 1 · 11011 Berlin

Telefon: 0 30 - 22 77 21 76 · Fax: 0 30 - 22 77 61 76

E-Mail: ilja.seifert@bundestag.de

Wahlkreisbüro Görlitz

Mirko Schultze · Schulstraße 8 · 02826 Görlitz

Telefon: 0 35 81 - 66 10 50 · Fax: 0 35 81 - 66 10 51

E-Mail: ilja.seifert@wk.bundestag.de

Wahlkreisbüro Zittau

Janet Jähne · Äußere Weberstraße 2 · 02763 Zittau

Telefon: 0 35 83 - 51 76 40 · Fax: 0 35 83 - 51 76 54

E-Mail: ilja.seifert@wk2.bundestag.de

www.ilja-seifert.de